

Unzufrieden mit dem „Müll“

Von Matthias Weigel

Eine öffentliche Debatte über das bei Sachsenmilch geplante Müll-Kraftwerk gibt es derzeit nicht. Im Hintergrund mehrt sich jedoch der Bürger-Protest.

Zwei Wochen ist es her, dass Sachsenmilch seine neuerlichen Baupläne für ein mit Ersatzbrennstoff – also aussortiertem Müll – betriebenes Kraftwerk vorstellte. Und es sind noch vier Wochen hin, dass der Gemeinderat einen Beschluss zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes fassen will. Wenig Zeit also für Befürworter wie Gegner, eine öffentlich geführte Debatte in Gang zu setzen – um dem Gemeinderat als demokratisch gewählte Vertretung der Einwohnerschaft ein Stimmungsbild der Öffentlichkeit zu vermitteln. Liegt es daher nur am Urlaubssommer, dass momentan so wenig in diese Richtung zu passieren scheint? Die SZ ging auf Spurensuche.

Das Unternehmen

Sachsenmilch und die Planer des Kraftwerkes sind vor allem bemüht, das Wort „Müll“ aus den Köpfen rauszubekommen. „Ich verwehre mich dagegen, dass wir hier angeblich eine Müllverbrennung bauen. Denn das tun wir eben nicht“, sagte Projektleiter Martin Gumpf vor zwei Wochen. „Sondern ein Heizkraftwerk, das mit Ersatzbrennstoff betrieben wird.“ Außerdem laufen die Arbeiten für eine zentrale Informationsstelle. „Zurzeit befinden wir uns in der Planungsphase. Noch vor der nächsten Gemeinderatssitzung möchten wir einen Informationspunkt zur Verfügung stellen, an dem die Bürger weiter mit uns reden können“, sagt Projektleiter Martin Gumpf.

Die Grünen

Mit einer Anfrage im sächsischen Landtag wollen die Grünen mehr Licht in die Kraftwerks-Planungen von Müllermilch bringen. „Die Charmeoffensive, mit der der Molkereimonarch sein neues altes Müllkraftwerk den Leppersdorfern schmackhaft machen möchte, hat einen faden Beigeschmack und der heißt Müllimport und Schadstoffausstoß“, so Kreisverbandssprecher Rolf Daehne. Ein neuer Standort löse eben nicht die alten Probleme. Die Anfrage soll unter anderem klären, wer an einer Beratung im Landratsamt im Juli teilgenommen hat, was dort beraten wurde, wie die neuerlichen Planungen mit dem Bürgerentscheid vom Dezember vereinbar sind und wie die Staatsregierung die rechtlichen Möglichkeiten beurteilt. Allerdings liegt die Frist zur Beantwortung laut Dokumentendienst des Landtages beim 1. Oktober 2007. Reichlich spät.

Die Bürgerinitiative

Vergangene Woche haben sich die Gegner der geplanten Anlage wieder getroffen. Die grobe Marschrichtung für die kommende Zeit sollte da diskutiert werden. Dass die IG, die schon im Namen „keine Müllverbrennung bei Müllermilch“ ihre Haltung deutlich macht, dem Vorhaben nichts Positives abhaben kann, war zu erwarten. „Müller-Milch ändert die Taktik. Die Absichten sind jedoch, abgesehen von ein paar Schönheitskorrekturen, die Alten“, so Sprecher Matthias Rangics. Dies sei ein Schlag ins Gesicht der Wachauer Bürger. „Der Gemeinderat sollte den eindeutig geäußerten Willen der Bevölkerung bedenken“, heißt es. Die IG forderte die Bürger aus Wachau und dem Umland auf, mit allen erdenklichen Mitteln ihre Meinung zu äußern.

Der Gemeinderat

Mitglieder des Gremiums hatten immer wieder betont, dass der Bürgerentscheid vom Dezember 2006 bindend bleibe. CDU-Gemeinderat und Fraktionssprecher Andreas Känner sieht einen erneuten Entscheid als nicht realistisch an. Dazu wäre ein Ratsherrenbeschluss mit Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat notwendig. „Dies ist nicht zu erwarten.“ Auf ein Wort